

Erhard drängt auf Einigung Europas

Seine Bemühungen, die politische Einigung Europas voranzutreiben, will Bundeskanzler Erhard verstärkt fortsetzen. Zu diesem Zweck wird er auf einer der nächsten Ministerratssitzungen der Eu-

ropäischen Wirtschaftsgemeinschaft die Bundesrepublik vertreten. Zu einem gleichen Schritt will Erhard, wie er vor der CDU/CSU-Fraktion bekanntgab, die anderen EWG-Regierungschefs ermuntern.

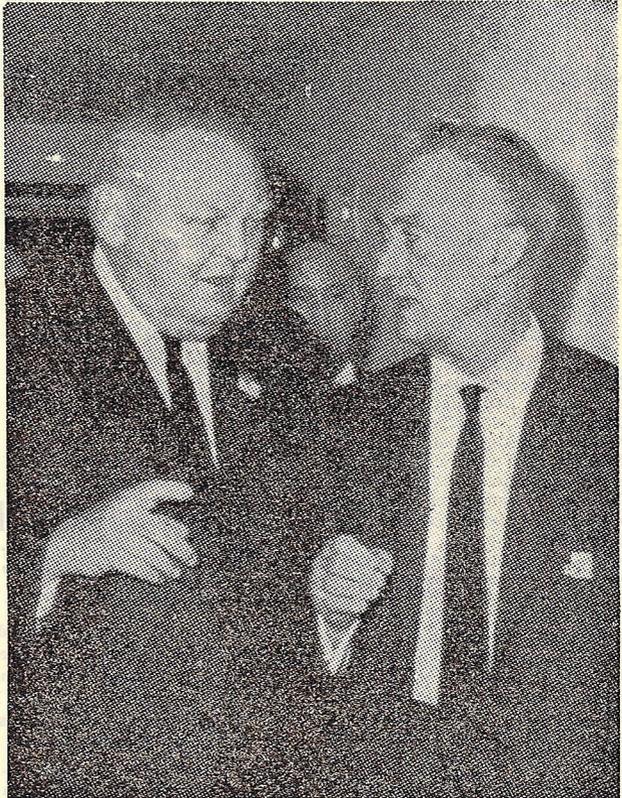
Mit Nachdruck sprach sich der Bundeskanzler für eine EWG-Gipfelkonferenz aus. Seiner Ansicht nach wird die Kraft der wirtschaftlichen Integration nicht ausreichen, wenn kein entschlossener politischer Wille dahinterstehe.

Erhard sagte, er werde die von seinem Vorgänger eingeleitete Politik der Kontakte mit den Ostblockländern fortsetzen. Strikt hingegen würde jeder „Flirt“ mit dem kommunistischen System in der Zone abgelehnt.

Botschaft Johnsons an Erhard

„Deutschlandfrage bleibt
auf der Tagesordnung“

Präsident Johnson hat Bundeskanzler Erhard in einer persönlichen Botschaft versichert, daß die USA die Deutschlandfrage auf der Tagesordnung der Weltpolitik halten würden. Die von der Bundesrepublik vorgeschlagene neue Initiative des Westens zur Wiedervereinigung Deutschlands soll nach Ansicht Johnsons zunächst weiter beraten werden. Dann würden die Westmächte „zu gegebener Zeit“ die Sowjetunion damit konfrontieren.



Bundeskanzler Erhard im Gespräch mit Bundestagsabgeordneten Dr. Gradl (Exil-CDU)

Rumänien steuert selbständigen Kurs im Lager des Weltkommunismus an

Für wirtschaftliche Freiheit nach Westen

Eine genaue Prüfung der Erklärung des Zentralkomitees der rumänischen KP läßt die Vermutung aufkommen, daß Rumänien unter Umständen einen ähnlich selbständigen Weg im Kommunismus einschlagen könnte, wie ihn Tito gegangen ist. Die Haltung der rumänischen Kommunisten zum Streit Peking—Moskau ist bemerkenswert distanziert und ihre Einstellung zur supranationalen Wirtschaftsrichtung auf Moskau kritisch.

Obwohl die Mission des rumänischen Ministerpräsidenten Maurer im März in Peking gescheitert ist, hat es die rumänische KP nicht aufgegeben, zwischen Moskau und Peking zu vermitteln. Sie ist gegen das vom sowjetischen Chefideologen Suslow vorgeschlagene rote Konzil, in dem Peking als Ket-

zer verdammt werden soll. Statt dessen wollen die Rumänen eine Weltkonferenz aller kommunistischen Parteien. Sie soll aber gründlich durch eine Kommission, in der Rumänen mitarbeiten will, vorbereitet werden.

Die Distanzierung der Rumänen geht so weit, daß im

Kommuniqué beim Thema sozialistischer Aufbau sowohl die sowjetische wie die chinesische KP in fast gleichen Formulierungen gelobt werden.

Die Makler- und Vermittlerrolle stärkt die taktische Position Rumäniens, eigene Interessen gegenüber den anderen kommunistischen Staaten durchzusetzen. Das rumänische Regime will über Bodenschätze, Industrieaufbau und Produktion allein verfügen. Deshalb wird jede überstaatliche Zentralplanung mit entsprechenden Institutionen auf Kosten der nationalen Souveränität eindeutig abgelehnt.

Die Amerikaner scheinen bei den bevorstehenden Wirtschaftsverhandlungen mit den Rumänen in Washington die entsprechenden Folgerungen zu ziehen. Es sieht so aus, als ob der stellvertretende US-Außenminister Harriman ermächtigt ist, den rumänischen Verhandlungspartner, nämlich den stellvertretenden Ministerpräsidenten Gaston Marin, nicht mit leeren Händen nach Bukarest zurückfahren zu lassen.

Rumänien braucht den Westen für den weiteren Aufbau seiner Industrie. Auch für die Bundesrepublik eröffnen sich Chancen. Bukarest steht Bonn aufgeschlossen gegenüber als Prag, Budapest, ganz zu schweigen von Warschau.

Junge Tschechen besichtigten Berliner Mauer

Zum erstenmal seit 1947 ist mit offizieller Genehmigung der Prager Behörden eine tschechische Jugendgruppe zu einem mehrtägigen Besuch nach West-Berlin gekommen. Die Jugendlichen, 20 Mädchen und 50 Jungen, machten einen Gegenbesuch auf Einladung der sozialistischen Jugendorganisa-

tion „Die Falken“, die im vergangenen Jahr mit 700 Besuchern mehrere Fahrten in die Tschechoslowakei unternommen hatten. Nach Angaben eines Sprechers der „Falken“ ist es das Ziel des Besuches der jungen Tschechen, ihnen West-Berlin zu zeigen und mit ihnen zu diskutieren.

Erklärung der NATO zur Deutschlandfrage

Die Außenminister der 15 NATO-Staaten haben ihre Konferenz in Den Haag beendet. In dem Abschlußkommuniqué wird bekräftigt, daß allein die Bundesregierung berechtigt sei, die Interessen des deutschen Volkes zu vertreten. Jede geeignete Gelegenheit sollte wahrgenommen werden, damit der deutsche Wunsch nach Wieder-

vereinigung in Freiheit der Erfüllung näher gebracht werden kann. Gleichzeitig wird in dem Kommuniqué die Garantie für Berlin aus dem Jahre 1958 abermals bestätigt.

Schröder betont Bereitschaft Bonns zur Verstärkung der Ost-Kontakte

Ulbrichts Reaktionen beweisen Erfolg der deutschen Ost-Politik

Bundesaußenminister Schröder hat am Freitag erneut die Kulturlosigkeit der Bundesregierung zu wirtschaftlichen und kulturellen Kontakten mit den osteuropäischen Staaten betont. In einem Interview mit einer Düsseldorfer Tageszeitung sagte Schröder, der von Bonn eingeschlagene Weg intensiverer Handelsbeziehungen habe sich als richtig erwiesen.

Dies zeige auch die Besorgnis, die Zonenchef Ulbricht in Budapest über diese Beziehungen und insbesondere über die Einbeziehung West-Berlins in die Verträge gezeigt habe.

Schröder wies jedoch darauf hin, daß ursprüngliche Pläne über eine Ausweitung der Beziehungen auf die politische Ebene wieder fallengelassen worden seien.

Liebe Leser!

Wir möchten gern wissen, wo diese Wochenausgabe verteilt worden ist. Schreiben Sie bitte auf einer Ansichtskarte oder Postkarte mit falschem Absender, wo sie dieses Blatt gefunden haben, an folgende Anschrift: Otto Müller, 1 Berlin 42, Siegertweg 88.

Wir danken für Ihre Hilfe.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin 42, Manfred-von-Richtofen-Straße 2

Neue Test-Rakete für Mondflug am Start

Vom Versuchsgelände Kap Kennedy in Florida wurde ein unbemanntes Modell des Apollo-Raumschiffes mit einer amerikanischen Saturn-Rakete auf eine Umlaufbahn geschossen. Es ist der erste Versuch einer langen Reihe unbemannter Flüge, durch die die Ausrüstung für die geplanten Raumflüge der mit drei Mann besetzten Apollo-Kapsel geprüft werden soll.

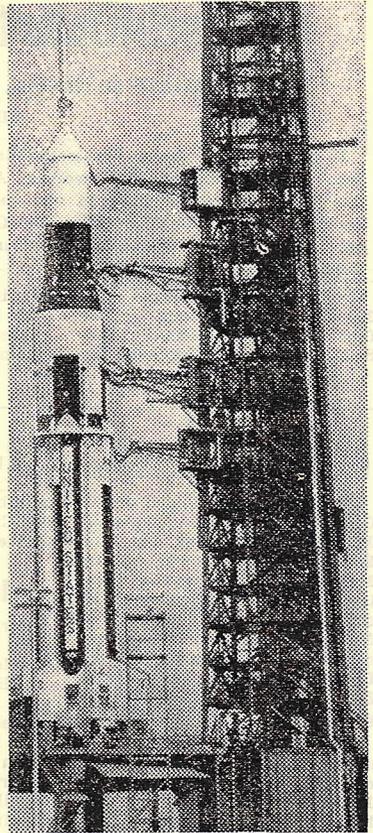
Als letzte Stufe des Apollo-Programms der amerikanischen Weltraumbehörde ist die Landung von Menschen auf dem Mond vorgesehen. Bei dem ersten Versuch soll der Satellit nicht wieder geborgen werden. Man erwartet, daß das Raumschiff nach einer Woche in der Atmosphäre verglüht.

Der deutschamerikanische Raketenforscher Werner von Braun beurteilte am Montag in einem Interview die Aussichten für eine erfolgreiche Landung eines bemannten Flugkörpers auf dem Mond in absehbarer Zeit als „nicht ungünstig“, falls sich keine größeren Rückschläge einstellen.

Königin Elizabeth besucht Bonn im Mai 1965

In London und in Bonn ist gestern offiziell mitgeteilt worden, daß Königin Elizabeth und Prinz Philip im Mai 1965 der Bundesrepublik einen offiziellen Besuch abstatten werden. Die britische Königin erwidert damit einen Besuch des damaligen deutschen Bundespräsidenten vom Oktober 1958.

Mit dem Besuch Königin Elizabeths wird erstmals nach 56 Jahren ein britisches Staatsoberhaupt Deutschland offiziell besuchen. Zuletzt hatte König Eduard VII. im Jahre 1909 Deutschland einen Staatsbesuch gemacht.



Frühstückspause in einem „volkseigenen Betrieb“ in Ost-Berlin.

„Was liest'n da?“ fragt ein Arbeiter seinen Kollegen.

„Ulbrichts Referat vor dem ZK der SED.“

„Und was hat er gesagt?“

„Er will jetzt bei uns zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage gewisse Methoden der Kapitalisten einführen.“

„Glaube ich nicht.“

„Hat er aber gesagt.“

„Und ich sage dir: Der wird sich hüten, freie Wahlen einzuführen —!“

★

Iwan Protow, Leiter einer Kolchose bei Kiew, hatte

Die Wahrheit im Witz

von den Versuchen amerikanischer Farmer gehört, die Milchleistungen der Kühe dadurch zu steigern, daß sie Plattenspieler in den Ställen aufstellen, und die Tiere pausenlos mit Musik berieseln.

„Von den Kapitalisten lernen“, sagte sich Iwan und bestellte den Genossen Elektriker. Von nun an dröhnten ununterbrochen die Darbietungen des Senders Kiew durch den Kuhstall. Komsomolzenlieder, politische Vorträge, Märsche und Kundgebungen.

„Na, geben die Kühe jetzt mehr Milch?“ wurde Iwan

nach ein paar Tagen gefragt.

„Ja, das schon“, antwortete Iwan zögernd, „fast das Doppelte —!“

„Aber?“

„Sie ist sauer —!“

★

„Nun sage mal, wie kommt es, daß wir unsere sowjetischen Freunde immer sowjetische Brüder nennen?“

„Na ganz einfach: Freunde kann man sich aussuchen.“

★

„Hast du gestern die Anzeige in der Leipziger Volkszeitung gesehen: Biete Einfamilienhaus und Auto gegen Fahrkarte im Interzonenzug.“

Großschiffahrt auf der Mosel eröffnet

In Anwesenheit de Gaulles, der luxemburgischen Großherzogin Charlotte und Präsident Lübkes

In Anwesenheit dreier Staatsoberhäupter ist die Großschiffahrt auf der Mosel eröffnet worden. Abschluß und Höhepunkt der Einweihungsfeier bildeten am Abend die Ansprachen des französischen Staatspräsidenten de Gaulle, der luxemburgischen Großherzogin Charlotte und Bundespräsident Lübkes in Trier.

Der Ausbau der Mosel zum 270 Kilometer langen Schifffahrtsweg für 1500-Tonnen-Schiffe zwischen Thionville im

lothringischen Industrierevier und Koblenz war vor sieben Jahren begonnen worden. Mit einem Kostenaufwand von 800

Millionen DM waren 14 Stau-stufen gebaut worden, von denen zwei auf französischem, zwei auf luxemburgischem und zehn auf deutschem Boden liegen. Die Kosten wurden zu etwa zwei Dritteln von Frankreich und zu fast einem Drittel von der Bundesrepublik getragen. Luxemburg steuerte zwei Millionen DM bei.

Gleicher Lohn für Frauen

Für eine Verwirklichung des Grundsatzes gleicher Löhne für Männer und Frauen bis zum Ende dieses Jahres hat sich am Montag das Europäische Parlament in Straßburg ausgesprochen. Nach einem vom EWG-Ministerrat Ende 1961 angenommenen Stufenplan soll die Lohngleichheit bis zu diesem Zeitpunkt in der EWG herbeigeführt sein.

In der Bundesrepublik ist dieser Zustand bereits durch das Grundgesetz zugesichert. In einigen anderen Ländern liegen die Löhne für weibliche Arbeitskräfte jedoch noch bis zu 20 % unter denen ihrer männlichen Kollegen, wie sich aus einem Bericht ergibt, der für die jetzige Straßburger Debatte erarbeitet wurde. Ferner wurde mitgeteilt, daß der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen in der Bundesrepublik mit 36,6 % am höchsten ist. Es folgen Frankreich (34,9 %), Belgien (31,4 %), Luxemburg (28,7 %), Italien (28,3 %) und die Niederlande (24,7 %).

Höhere Verdienste

Der durchschnittliche Brutto-Stunden-Verdienst der Arbeiter in Westdeutschland und West-Berlin hat sich weiter erhöht. Wie das Statistische Bundesamt, Wiesbaden, mitteilt, wuchs er zwischen November 1963 und Januar 1964 bei den Männern um 6 Pf oder 1,4 % auf 3,94 DM

und bei den Frauen um 5 Pf oder 1,9 % auf 2,70 DM. Gegenüber Februar 1963 beträgt die Erhöhung bei Männern und Frauen je rund 7,5 %.

5 Mrd. Entwicklungshilfe

Verpflichtungen in Höhe von weit über 5 Mrd. DM ist die Bundesrepublik nach Angaben von Bundesfinanzminister Dahlgrün bisher für die Entwicklungshilfe eingegangen. In einem Interview mit der „Deutschen Welle“ warnte Dahlgrün davor, daß sich die Bundesrepublik auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe übernehme. Alle Zusagen in der Entwicklungshilfe müßten im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten bleiben. Dahlgrün betonte, die Bundesrepublik wolle sich nicht einseitig festlegen lassen, einen bestimmten Prozentsatz des Sozialprodukts jährlich für Entwicklungshilfe auszugeben.

Neuer Stahlrekord

Die westdeutschen Stahlwerke haben im April 3,17 Mill. t erschmolzen und damit die höchste Monatsleistung seit dem Kriege erzielt. Die Gesamtmenge in den ersten vier Monaten 1964 erreicht damit 12,1 Mill. t, was auf das ganze Jahr gerechnet über 36 Mill. t ausmachen würde. Dagegen waren im Vorjahr nur 31,6 Mill. t produziert worden und in 1960 34,1 Mill. t.

Da sich die Nachfrage weiterhin auf hohem Stand hält,

dürfte nach dem Rekordergebnis vom April im laufenden Jahr eine neue Bestzahl in der westdeutschen Stahlproduktion erreicht werden. Der Roheisenausstoß für April wird mit 2,21 Mill. t angegeben, was gleichfalls erheblich über der entsprechenden Vorjahrszahl von 1,81 Mill. t liegt.

Weitere Fortschritte bei NSU

Die Gesamtumsätze der NSU Motorenwerke AG Neckarsulm/Württemberg sind 1963 um 22% auf 321 Mill. DM gestiegen. Diese Leistung war, wie es heißt, nur durch Überstunden und volle Ausnutzung der Kapazitäten möglich. Es wurden 76 847 Automobile gegenüber 56 246 Wagen 1962 abgesetzt.

Zügige Expansion

Die Wirtschaft Westeuropas befinde sich im laufenden Jahr in kräftigem Aufschwung. Wesentlich dazu beigetragen habe auch die günstige Witterung in den ersten Monaten. Das Hamburgische Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) kommt daher in seinem jüngsten Konjunkturbericht zu dem Ergebnis, daß die hohen Wachstumsraten der ersten Monate das Jahresergebnis erheblich beeinflussen werden. Die günstige Produktionsentwicklung in Westeuropa sei jedoch keineswegs eine Folge guter Sonderbedingungen. Das zeige sich vor allem in der Stahlindustrie.